

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

## Die Politik braucht dringend einen radikalen Kurswechsel



Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Zu der uns nach wie vor aufwühlenden Beschäftigung mit der Corona-Krise und den mit ihr verbundenen medizinischen und politischen Folgen hat sich in diesen Wochen ein weiterer Krisenherd gesellt: die Kriegsgefahr um die Ukraine. Zu beiden Themen nehmen wir in dieser Ausgabe unseres Nachrichtenblatts Stellung.

Das Säbelrasseln in der Ukraine nimmt immer beunruhigendere Formen an, und wir fragen uns: Wie kann die EU als Friedensprojekt gelten, wenn sie eine medial vernebelte, aggressive Politik gegen Russland unterstützt, inklusive Sanktionen, die das außenpolitische Klima seit Jahren vergiften? **Wäre die EU ein Friedensprojekt, würde sie sich uneingeschränkt zur Neutralität verpflichten** und alle Mitglieder, die sich an Angriffsbündnissen, Angriffskriegen und machtpolitisch motivierten Wirtschaftssanktionen beteiligen, sofort ausschließen! Aber die EU ist eben leider kein Friedensprojekt. Allerdings übertrifft sie andere Akteure der Weltpolitik oft an Heuchelei, wofür sie

2012 schließlich mit dem Friedensnobelpreis belohnt wurde. Geheuchelt erscheint uns auch die sogenannte Klimapolitik, in der man uns die Kernkraft neuerdings als nachhaltig, klimafreundlich und grün verkaufen will, obwohl es auf der Hand liegt, dass an Kernkraftwerken das einzig Nachhaltige die Strahlung des Atom Mülls ist.

Als nachhaltige Lösung, nämlich zur Pandemie, stellt man uns Österreichern auch das aktuelle Impfpflichtgesetz dar. Wir haben uns in dieser Ausgabe bemüht, das polarisierende Thema Covid-19 weitgehend auszuklammern, doch die medizinischen und demokratiepolitischen Bedenken gegen dieses unakzeptable Gesetz drängen sich regelrecht auf. Man kann über diese weitreichende Einschränkung unserer Freiheit und Grundrechtsgefährdung nicht einfach so hinweggehen, sollte sie tatsächlich umgesetzt werden.

Die Reaktion der Politik auf die Pandemie und ihr „Krisenmanagement“ haben uns ihre Allmachtsattitüde und den allgemeinen Sittenverfall verdeutlicht, wobei sich hier einige Politiker (wie Kurz & Co) in letzter Zeit selbst ein Bein gestellt haben. Chats, Whatsapps, SMS sind seither Alarmbegriffe für Politiker geworden. Technik überrumpelt Arroganz. Nicht rechtzeitig gelöschte Nachrichten offenbaren verbale Abwertungen anderer



Plakat mit Aufruf „für ein gutes Miteinander“ auf der gänzlich friedlich verlaufenen Großdemonstration gegen Impfpflicht und Ausgrenzung von Ungeimpften am 9. Jänner vor dem Landhaus in Innsbruck.

Bild: RP

Personen, unlautere Absprachen und Korruption. Unser politisches System ist zweifelsohne korruptionsanfällig – sehr zum Schaden der Allgemeinheit.

Liegen die Gründe dafür nicht im politischen System selbst? Wäre es nicht langsam an der Zeit, dieses System zu hinterfragen und nach besseren, tragfähigen Alternativen Ausschau zu halten? Vielleicht erleben wir gerade die **Götterdämmerung einer alten Garde**, die um ihre Macht und um ihre Daseinsberechtigung kämpft. Funktionen und längst überholte Positionen werden jedenfalls mit Zähnen und Klauen verteidigt, als wäre das Schmierentheater, das man uns vorführt, nicht schon längst entblößt.

Wir dürfen darauf hoffen, dass uns ein daraus erwachsender Reinigungsprozess einmal in eine bessere Zukunft führen wird, in der ein Kurs- und Paradigmenwechsel möglich ist. Noch ist er am Horizont nicht zu erkennen. Aber wir vom Neutralem Freien Österreich werden nicht locker lassen.

Ihr Gerald Grüner

### Inhalt

- Die Politik braucht einen radikalen Kurswechsel .....1
- Ist Österreich noch eine Demokratie?...2
- Russland zeigt der Einkreisungspolitik des Westen die rote Karte ..... 2-3
- EU stuft Atomkraft als nachhaltig und klimafreundlich ein .....4
- Lesens-, sehens-, hörens Wert .....4
- Wussten Sie? ..... 5-6
- Lesermeinungen ..... 6-7
- Positives, Erfreuliches .....8

*Ohne Zivilcourage  
lebt die Freiheit nicht lange.*

Leopold Figl (ehem. österr. Bundeskanzler)

## Ist Österreich noch eine Demokratie?

Der 20. Jänner 2022 ist neben dem 1. Jänner 1995, an dem Österreich der EU beigetreten ist, der schwärzeste Tag in der Geschichte der Zweiten Republik.

Nach monatelanger öffentlicher Schikanie und Ausgrenzung impffreier Bürger wurde an diesem Tag, über Grundrechte, Nürnberger Kodex, Verfassung, fast 200 000 ablehnenden parlamentarischen Stellungnahmen aus der Bevölkerung und Expertenmeinungen von Medizinern, Juristen und Datenschützern hinweg, vom österreichischen Parlament das sogenannte Covid-19-Impfpflichtgesetz beschlossen.

Der Regierungsantrag wurde nach nur einmaliger und damit – angesichts der tief in die körperliche Verfasstheit und damit Persönlichkeit einschneidenden Maßnahme – äußerst kurzer allgemeiner Diskussion der „Volksvertreter“ mit geringfügigen Änderungen von allen Parteien mit Ausnahme der FPÖ und einzelnen handverlesenen Abgeordneten angenommen. Einige Abgeordnete zogen es vor abwesend zu sein. Die Regierung hielt selbst nach ihrem katastrophalen Pandemiemanagement, neuen Entwicklungen mit der mildereren Omikron-Variante, bei noch gar nicht vorhandenen daran angepassten Impfstoffen, trotz ungeklärten organisatorischen und rechtlichen Fragen, vielen Protestaktionen und gleichzeitigen Lockerungen in zahlreichen anderen europäischen Ländern stur und wie ferngesteuert an ihrer Linie fest. Und das Parlament gab dazu mit „überwältigender Mehrheit“ seinen Segen. Regierung und Politiker haben damit einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu Gesetzesbrechern erklärt. **Der Eindruck, es handle sich hier um das Vorgehen einer neuen Einheitspartei aus ÖVP, Grünen,**

**SPÖ und Neos, drängt sich förmlich auf** und erinnert fatal an die ehemalige DDR. Und dieser Bevölkerungsteil wird immer größer, weil der Impf- und Genesenen-Status nach bestimmter Frist laufend aberkannt wird. Das Gesetz beinhaltet nämlich auch eine Ermächtigung des Gesundheitsministeriums, per Verordnung z. B. auch dreifach Geimpfte unter Strafandrohung zu weiteren Impfungen, sozusagen zu einem Impf-Abo zu verpflichten.

Österreich steht mit diesem Gesetz, das von den Betroffenen als Zwang wahrgenommen wird, unter demokratischen Staaten in Europa völlig allein da und reiht sich in ein in Länder mit zweifelhaftem Demokratieverständnis, aber mit allgemeiner Impfpflicht, wie Turkmenistan, Tadschikistan, Ecuador und Indonesien.

*Nichts ist schöner und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: nein!*

Kurt Tucholsky

Dazu gesellt sich **die verweigerte Kommunikation mit der Bevölkerung.** Über die zahlreichen Fehlentscheidungen und das chaotische Durcheinander bei der regierungsamtlichen Pandemiebekämpfung, über die z.T. haarsträubenden Widersprüche und Ungereimtheiten in der Corona-Erzählung, über die gesellschaftlichen Folgen und Konsequenzen einer allgemeinen Impfpflicht mit Strafandrohung, gab es nie einen wirklichen Dialog mit der Bevölkerung. Statt dessen sieht man „Staatsfunktionäre“, vom Staatsfunk ORF wie das Po-

litbüro „richtig“ in Szene gesetzt, versteckt hinter Glaswänden, um dem Volk ohne Rückfragemöglichkeiten zu verkünden, was Sache ist, was es zu erwarten hat und was es gefällt zu tun hat – und das in den letzten Monaten alternativlos und tunnelblickartig auf die Impfung fixiert.

**Die Medien spielen dabei eine wesentliche Rolle.** Sie reproduzieren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich die Regierungslinie, und unterdrücken fast lückenlos kritische Fragen und alternative Sichtweisen. Andersdenkende sind „Leugner“, „Gegner“, „Schwurbler“, Verschwörungstheoretiker, Rechtsradikale, die zu Recht mundtot gemacht werden können. Diese Verweigerung eines unvoreingenommenen, ergebnisoffenen Diskurses über elementare, die gesamte Bevölkerung existentiell betreffende Fragen ist **demokratiepolitisch äußerst bedenklich.** Auch das erinnert an die untergegangene DDR.

Regierung und Medien scheinen sich der Folgen und Konsequenzen ihrer Strategie nicht bewusst zu sein. Sie bedeuten Vertiefung des Misstrauens großer Teile der Bevölkerung gegenüber den Herrschenden und weitere Spaltung der Gesellschaft. Es tun sich Bruchlinien auf, die in der Zukunft nur mehr schwer zu überbrücken sind. Haben sie sich das wohl überlegt? Oder sind sie anderen Loyalitäten als dem Wohl und der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung verpflichtet? Ist Österreich das europäische Laboratorium, das Testland für eine Zukunft unter dem Vorzeichen von politischer Bevormundung und Drangsalierung? Umso wichtiger ist dann der Widerstand gegen diese weltweit aufkommenden diktatorischen Tendenzen, gerade hier in Österreich!

## Russland zeigt der Einkreisungspolitik des Westens die rote Karte

Will Putin wirklich einen Krieg mit der Ukraine anzetteln? Konsumiert man die westlichen Medien, so möchte man das glauben. Da ist viel die Rede von umfangreicher Truppen- und Waffenkonzentration an der Grenze zur Ukraine, deren Regierung militärische Unterstützung vom Westen fordert. Dieser wiederum kündigt

dramatische Sanktionen an.

Um die derzeitige Situation besser zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte dieses zutiefst gespaltenen Landes, das unter schweren wirtschaftlichen und demografischen Problemen leidet, angeraten.

Die von Russland Mitte des 17. Jahrhunderts eroberte Ost- und Südukraine wurde ab 1796 zum Gouvernement Neurussland zusammengefasst und kam nach der Oktoberrevolution unter sowjetische Herrschaft. Ein Großteil der Westukraine hingegen

gehörte lange Zeit zu Polen, ab 1772 zu Österreich-Ungarn. Der westliche Landesteil orientiert sich bis heute maßgeblich nach Europa. Der Osten und Süden des Landes hat indes bis heute einen hohen russischen Bevölkerungsanteil und tendiert zu einer Beibehaltung bzw. Stärkung der engen Bindungen an Russland. Die Industrialisierung zur Sowjetzeit führte in der Ostukraine zu einem starken Verstädterungsprozess, während die Westukraine teilweise bis heute sehr ländlich geprägt ist. Die ukrainische Sprache und Kultur hatten in der Ostukraine stets nur einen geringen Einfluss.

Diese **divergierende grundsätzliche Ausrichtung des Landes zwischen**

(Fortsetzung auf Seite 3)

*Krieg bricht nicht einfach so über die Menschen herein. Er liegt nicht in unserer Natur, er wird den Menschen aufgezwungen, von den Kriegstreibern planmäßig ausgelöst und professionell als Doktrin oder Feindbild verbreitet, in Schulen, in den Medien, in allen Formen des Hass-Schürens, das heute auch von psychologisch geschulten Spezialisten angewendet wird.*

Peter Küpfer, Zeit-Fragen 28/29



Kreml in Moskau

Touristen flanieren durch den 500 Jahre alten Befestigungskomplex, dem Amtssitz des Präsidenten der Russischen Föderation und einem seit 1990 viel bestaunten UNESCO-Welterbe.

Bild: RP

### „Westorientierung“ einerseits und traditionell engen Beziehungen zu Russland andererseits

wurde vor allem nach der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine virulent, wobei bis zur Wahl von Wiktor Janukowytsch 2010 mehr und mehr die Ausrichtung der offiziellen Politik nach dem Westen die Oberhand gewann, was den Plänen von EU und NATO („Osterweiterung“) sehr entgegenkam und dementsprechend gefördert wurde. 2012 wurde trotz mangelnder „Reformbereitschaft“ der Ukraine ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU ausgearbeitet, um nicht zuletzt unter dem Druck der USA den Einfluss auf die Entwicklung zu behalten und dem Werben Moskaus um die Ukraine, u. a. mit reduzierten Gaspreisen, Paroli zu bieten.

Beim EU-Ukraine Gipfel im Februar 2013 in Brüssel wurde dann Kommissionspräsident José Manuel Barroso gegenüber dem ukrainischen Staatschef Janukowytsch **in geradezu erpresserischer Weise** deutlich: Die Ukraine müsse sich entscheiden zwischen einer Annäherung an die EU und einem Beitritt zu der von Russland dominierten Zollunion. Beides zusammen sei nicht möglich.

Nach einem monatelangen Tauziehen um dessen Unterzeichnung beschloss die ukrainische Regierung im November 2013 ein „Einfrieren“ des Abkommens mit der EU, um zunächst Schritte zu unternehmen, die sicherstellen sollten, dass die Beziehungen der Ukraine zu ihrem wichtigsten Handelspartner Russland nicht unter dem Abkommen leiden würden, nicht ohne die weiterhin grundsätzliche Bereitschaft des Landes zu dessen Unterzeichnung zu einem späteren Zeitpunkt zu betonen.

Diese Entscheidung war Anlass und Auslöser von mehrmonatigen Demonstrationen

und Protesten am größten Platz der Hauptstadt Kiew, dem „Maidan“. Sie entwickelten sich schnell zu gewalttätigen Zusammenstößen mit vielen Toten und führten im Februar 2014 schließlich zum Sturz von Janukowytsch.

Das ganze Vorgehen wurde von radikalen Nationalisten und paramilitärischen Gruppen gesteuert, die ethnische Säuberungen und Gewalt gegen Nicht-Ukrainer, insbesondere Russen befürworteten. **Die Vertreter der USA und der EU unterstützten den Putsch** und argumentierten, die Demokratie und die „europäischen Werte“ müssten verteidigt werden. In diesem Zusammenhang ist ein abgehörtes Telefonat der Europa-Beauftragten des US-Außenministeriums Victoria Nuland mit dem US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey R. Pyatt bekannt geworden. Die beiden Diplomaten besprachen dabei die aktuelle Krise und welche Politiker der Opposition der nächsten Regierung in Kiew angehören sollten – und wie dies durch konkrete Einflussnahme am besten im Sinne amerikanischer Interessen gesteuert werden kann.

Bei unvoreingenommener Betrachtung dieser Ereignisse darf man sich nicht wundern, dass sich Russland – wieder einmal – vom Westen vor den Kopf gestoßen und ausgetrickst fühlte. Man darf sich auch nicht wundern über seine **zunehmende Frustration** angesichts der seit Jahren ausgeübten und laufend verschärften Sanktionen, über die Ostverschiebung der NATO trotz gegenteiliger mündlicher Zusicherungen weit in die ehemalige sowjetische Einflussosphäre hinein, bis direkt an seine Grenzen, über seine zunehmende

Umkreisung durch die NATO. Was würden die USA sagen, wenn z. B. Kanada und Mexiko einem feindlichen Bündnis beitreten würden? Kein Staat der Welt würde sich das bieten lassen, ohne formelle, verbindliche Sicherheitsgarantien zu verlangen. Dieses Recht muss man auch Russland zugestehen. Da es ihm der Westen verweigert, greift es zu den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, um auf seine Unzufriedenheit mit dem Status quo aufmerksam zu machen und Chancen auf Verbesserung nach Maßgabe seiner Möglichkeiten wahrzunehmen: Provokationen, Nadelstiche, Unterstützung loka-

ler Aufständischer, Überraschungsaktionen, Drohgebärden, Maximalforderungen, um wenigstens einige Zugeständnisse zu bekommen. Aber ein Krieg mit dem Westen, den es unweigerlich mit einem Angriff auf die Ukraine auslösen würde? Nein. **Putin weiß, dass allein die USA, ohne die übrigen NATO-Mitglieder, über eine 9 x größere militärische Stärke verfügen.** Er ist nicht irrsinnig.

Wenn also der Westen ein großes Kriegsgeschrei veranstaltet, so verhält er sich wie der Dieb, der schreit: „Haltet den Dieb!“.

Wenn die „Friedensnobelpreisträgerin EU“ wirklich zu einer konstruktiven, friedlichen Lösung des Ukraine-Konflikts beitragen möchte, dann müsste sie eigentlich die kriegslüsternden USA einbremsen und verbindliche Zusagen an Russland befürworten. Das wäre auch im unmittelbarsten Interesse Europas, denn die Folgen eines „heißen Krieges“ oder von russischen Gegenanktionen, z. B. Einschränkungen der Gaslieferungen, hätte vor allem Europa zu tragen. Doch das tut sie nicht.

Welche konkreten Lösungsvorschläge aber gibt es? Wie wäre es mit einer nach Zonen gegliederten Volksabstimmung in der Ukraine über die Zugehörigkeit einzelner Gebiete, wie nach dem 1. Weltkrieg in Kärnten? Wie wäre es mit einer völkerrechtlich abgesicherten Neutralität der Ukraine als Pufferzone zwischen den Machtblöcken? Die Politik müsste nur bereit sein, diese Wege ernsthaft einzuschlagen und zu gehen.

Quellen: [Wikipedia.org](http://Wikipedia.org); [zeit-fragen.ch](http://zeit-fragen.ch); [bueso.de](http://bueso.de); [zeit.de](http://zeit.de)

### Im Rahmen der internationalen Politik bedeutet Neutralität,

dass sich ein Staat um des Friedens und der eigenen Unabhängigkeit willen aus zwischenstaatlichen Streitigkeiten heraushält. Ein neutraler Staat beteiligt sich nicht an Kriegen, tritt keinen Militärbündnissen bei und erlaubt keinem anderen Staat, sein Territorium für kriegerische Zwecke zu nutzen. Neutralität muss immerwährend und darf nicht anlassbezogen sein.

In der Zeit von 1945 bis 1955 war es für Österreich unerlässlich, die Besatzungsmächte von der Neutralität zu überzeugen. Zur Geschichte der österreichischen Neutralität gehören auch die Konsultationen mit führenden Persönlichkeiten der 1960 gegründeten Blockfreien-Bewegung, die Österreich auf dem Weg zur vollen Unabhängigkeit unterstützt haben.

### Zurzeit läuft alles eher auf eine Intensivierung eines weltweiten Kräftemessens hinaus.

Je weniger Staaten sich den Bündnissen der Großmächte anschließen, umso besser für den Frieden.

C.J.; Hard

## EU stuft Atomkraft als nachhaltig und klimafreundlich ein



Kühltürme eines europäischen Kernkraftwerkes

Bild: ServusTV - screenshot

Am 2. Februar hat die EU-Kommission trotz Einwände mehrerer Mitgliedsstaaten Atomkraft (und das weniger umstrittene Erdgas) in ihre Taxonomie nachhaltiger Energieformen aufgenommen. Diese legt fest, welche Finanzinvestitionen als klimafreundlich gelten. Damit sollen die ehrgeizigen Klimaziele und bis 2050 die Energiewende erreicht werden.

Durch diese als Übergangslösung vorgestellte Entscheidung sollen Geldströme in nachhaltige Energieformen, Technologien und Unternehmen gelenkt werden. EU-Berechnungen zufolge brauche es dazu jährlich 350 Milliarden Euro aus privaten Investitionen. Die Taxonomie sei lt. Kommission ein „Wegweiser für private Investoren“ und kein Instrument der Energiepolitik. **Alle diese Argumente sind zu bezweifeln.** Die angepeilten Klimaziele sind (mit Absicht?) zu ambitioniert. Provisorien haben bekanntlich ein langes Haltbarkeitsdatum. Und dass mit Finanzmitteln keine Politik, in diesem Fall Energiepolitik betrieben wird, glaubt sowieso

niemand. Das ist Verschleierungstaktik. Als selbstverständlich und unwidersprochen wird die unbewiesene Erzählung von der menschengemachten, CO<sub>2</sub>-verursachten Klimaerwärmung vorausgesetzt, wobei im Fall der Atomkraft diese Chimäre gegen die reale Gefahr von Nuklearkatastrophen und „nachhaltiger“ Strahlung bei ungeklärtem Problem der Endlagerung des Atommülls eingetauscht wird. Dazu kommt die Anmaßung, mit administrativen Maßnahmen Finanzströme diktieren zu wollen und zu können. Solche Allmachtsphantasien sind vielleicht Teil einer dirigistischen Planwirtschaft, haben aber in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.

**Mit dieser Entscheidung wurden eindeutig die Wünsche der Atomlobby bedient,** die – wie zufällig – mit den Gründungsakten der EU korrespondieren, gehört doch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) neben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu den drei Gründungsverträgen („Römische Verträge“, 1957). Der österreichische Beitrag zu EURATOM betrug 2004, dem letzten Jahr, für das noch eine konkrete Summe ausgewiesen wurde, 40 Mill. Euro, seit dem 7. EU-Rahmenforschungsprogramm 2006 ist von einer Verdreifachung des Betrags aus-

zugehen. Wird die Atomenergie als grüne Energieform eingestuft und somit wie die klassischen Öko-Investitionen als förderungswürdig ausgewiesen, dann fällt für die Atomindustrie auch noch ein Stück vom 800-Mrd.-Kuchen des Corona-Aufbauprogramms „Next Generation EU“ ab. Österreichische Politiker haben bereits eine Klage gegen diese Entscheidung angekündigt. Die Chancen auf Erfolg dürften allerdings gering sein, weil es **eine deutliche Mehrheit von Atomkraftbefürwortern in der EU** gibt. Angesichts der drastisch gestiegenen Strompreise und der erfolgreichen Lobby-Arbeit der Atomindustrie ist sogar eine Renaissance der Atomenergie zu erwarten. Auch die hofierte Friday-for-Future-Bewegung spricht sich dafür aus, wenn sie es auch offiziell nicht zugibt, doch ihre Galionsfigur Greta hat sich verplappert.

Würde die österreichische Regierung ein ernsthaftes und beweisbares Interesse daran haben, dieses drohende „Damoklesschwert“ zu verhindern, wäre das im Rahmen der Gesetze möglich – über die Androhung eines Vetos in einem sensiblen Bereich, wie z.B. bei den nächst anstehenden Budgetverhandlungen. Das haben schon viele EU-Länder erfolgreich vorgemacht: Polen, Spanien, Frankreich, Großbritannien vor 2020 u.a.

*Quellen: servustv.com; bpb.de (Bundeszentrale f. polit. Bildung)*

## Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Kleptopia.** Was der Buchautor Tom Burgis beschreibt, ist eine Realität, die das tatsächliche Ausmaß der uns tagtäglich umgebenden globalen Wirtschaftsverbrechen sichtbar macht.
- **China präsentiert den Digital Yuan.** Es benützt diese digitale Währung auch für geopolitischen Einfluss. [www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at)
- **Was wir den Kleinkindern mit technologischen Geräten antun.** Wiegenlieder sind die bessere Alternative. Artikel von Nicole Duprat in den Schweizer „Zeit-Fragen“ Nr.30/2021. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Instagram macht junge Menschen krank.** Soziale Netzwerke wie Instagram verführen besonders junge Menschen ohne Promistatus dazu, sich im besten Sinne des Wortes zu verkaufen und das eigene Leben genauso spannend und glamourös wie das der dort sich tummelnden Vollzeit-Medienprofis aussehen lassen zu wollen. Doch das bleibt nicht ohne negative psychologische Auswirkungen. Artikel von Stefan Ahrens in der Wochenzeitung „Die Tagespost“. [www.die-tagespost.de](http://www.die-tagespost.de)
- **Das ist nicht mein Österreich.** Pädagoge Johannes Maurek klagt an. Video (Dauer: 16:55) [av.brunold.net/video](http://av.brunold.net/video)
- **Macht vor Recht – wie lange noch?** Über die Machtansprüche der USA weltweit. Artikel von Karl-Jürgen Müller. Sonderausgabe Januar 2022 in den „Zeit-Fragen“ [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Baerbock schürt Unglaubwürdigkeit.** Rede von Dr. Gregor Gysi im Deutschen Bundestag am 12.1. (Dauer: 04:33). Gregor Gysi: „Eine wertebasierte Außenpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn diese Werte die Grundlage für alle internationalen Beziehungen sind. So lange die Bundesregierung mit zweierlei Maß misst, steht Ihre Außenpolitik auf tönernen Füßen.“ [www.youtube.com](http://www.youtube.com)

## EU-Institutionen unter Korruptionsverdacht

Was von jedem Kleinunternehmen als Selbstverständlichkeit erachtet wird, eine genaue, korrekte und ehrliche Buchführung und Bilanzerstellung, scheint für die EU mit ihrem riesigen Beamtenapparat nicht zu gelten. Von den hiesigen „Qualitätsmedien“ kleingeredet, wenn überhaupt erwähnt, gehören Verstöße gegen die Vergabevorschriften, überhöhte Rechnungen und Absprachen bei Projekten mit EU-Fördermitteln und Mehrwertsteuerbetrug in großem Stil Jahr für Jahr schon gewohnheitsmäßig zum EU-Haushaltsplan. Es wird geschlampt und getrickelt.

Meist werden Prozentzahlen angegeben. Fehlerquoten von 3-4 %, die der Europäische Rechnungshof selbst einräumt, klingen nach nicht viel, dem Steuerzahler erwachsen dadurch aber Schäden in Milliardenhöhe. Für das Haushaltsjahr 2020 wären das fast 4 Mrd. Euro. Doch allein der Mehrwertsteuerbetrug wird auf jährlich 50 Mrd. geschätzt.

**Man gewinnt den Eindruck, dass die EU-Administration nicht wirklich an einer Verfolgung und Aufklärung der Missbräuche interessiert ist.** Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF ist ein zahnloser Tiger. Es darf Berichte erstellen, selbst ermitteln darf es nicht. Geändert wurde dieser Zustand nie. Es muss bezweifelt werden, dass es mit der Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft, von Beginn an als „stark unterfinanziert“ kritisiert, besser wird. Im Gegenteil, mit den Vergaben aus dem gigantischen Corona-Aufbaufonds von 800 Mrd. erhöht sich das Betrugspotential erheblich.

Inzwischen sind sogar **Betrugsvorwürfe gegen den EU-Rechnungshof-Präsidenten** Klaus-Heiner Lehne und einige seiner Mitarbeiter bekannt geworden. Es geht um Spesenmissbrauch, ungerecht-

fertigte Wohnbeihilfen, exzessive Nutzung von Dienstautos für private Zwecke u.dgl. Sein Monatsgehalt von steuerbegünstigten 24 000 Euro war ihm wohl zu wenig. Er soll auch weiterhin entgegen den Vorschriften für die CDU aktiv sein.

Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang **das Verhalten von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen**, deren Ehemann seit 2020 medizinischer Direktor eines auf Zell- und Gentherapien spezialisierten US-amerikanischen biopharmazeutischen Unternehmens ist, **zumindest auffällig**. Nachdem sie von der EU-Kommission seitenlang geschwärzte Dokumente u. a. zu Lieferpreisen und Haftungsfragen in den dubiosen Sonderverträgen mit Impfstoffherstellern erhalten hatten, forderten EU-Parlamentarier Aufklärung, vor allem über den regen SMS-Kontakt von der Leyens mit dem Pharmakonzern Pfizer und seinem Geschäftsführer Albert Bourla vor und nach der Bestellung von mindestens 1,8 Milliarden Impfdosen um Unsummen von Euros. Die Kommission antwortete darauf, Kurznachrichten seien aufgrund ihrer Kurzlebigkeit und der Annahme, dass in diesen keine relevanten Informationen enthalten sein können, von den EU-Transparenzvorschriften ausgenommen. Sie können daher systematisch gelöscht werden. Außerdem würden sie nicht den Aufgabenbereich der Kommission betreffen. Wenn man die intensiven Recherchen zu den Hintergründen der Covid-19-Pandemie bedenkt, die ergeben haben, **wie zentral die EU im Korruptions- und Bereicherungssumpf** zwischen den großen Stiftungen, u. a. derjenigen von Bill und Melinda Gates, und den großen Pharmakonzernen sitzt, dann erklärt sich dieses Verhalten der EU-Kommission. Es erklärt sich damit auch ihr starkes Interesse, die Impfstoffbestellungen



*EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla*

Auf einer Veranstaltung des Soros-finanzierten Atlantic Council im November 2021 überreichte Ursula von der Leyen dem Chef des US-Unternehmens Pfizer, Albert Bourla die Auszeichnung „Distinguished Leadership Award 2021“, inklusive inniger Umarmung. Auf die Frage, warum sie so viel Wert darauf legte, persönlich diese Veranstaltung in den USA zu besuchen, um ihm als „regierende Präsidentin der Europäischen Union“ die Ehre zu erweisen, hätten viele Unionsbürger gerne eine Antwort. Denn die Erfahrung lehrt: Je größer, mächtiger und undurchsichtiger private und staatliche Institutionen, desto korruptionsanfälliger sind sie.

Bild: <https://www.atlanticcouncil.org/event/distinguished-leadership-awards-2021/> - screenshot

von den Mitgliedsstaaten an sich zu ziehen. Man erinnere sich: Bereits in ihrer Zeit als deutsche Verteidigungsministerin löschte von der Leyen „unabsichtlich“ Nachrichten auf ihrem Handy, die im Zusammenhang mit dubiosen Beraterverträgen und mutmaßlicher Bestechung sowie Steuergeldverschwendung standen. Dieser Fall wurde nie aufgeklärt.

*Quellen: deutschlandfunkkultur.de; deutsche-wirtschafts-nachrichten.de; odysee.com*

## Die EU hat in Österreich ein zunehmend schlechtes Image

Aus einer kürzlich just zum 30jährigen „Jubiläum“ der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass die Zustimmung der Österreicher zur Europäischen Union an einem Tiefpunkt angelangt ist.

Zum einen sind immer mehr Menschen in Österreich der Ansicht, die EU bewege sich grundsätzlich in eine falsche Richtung (48%; 2020: 45%), gegenteiliger Meinung waren 32% (2020: 35%). Zum anderen glauben von allen befragten Staaten nur noch die Slowaken (39%) weniger an die positiven Effekte einer EU-Mitgliedschaft als die Ös-

terreicher (41%). Das liegt weit unter dem EU-Durchschnitt von 62%. *Quelle: orf.at*

*Es war zu erwarten, dass die Auswirkungen des Maastricht-Vertrags, der in wesentlichen Teilen vom European Round Table of Industrialists (ERT) zum Vorteil der Konzerne konzipiert worden ist, auch einmal in der Wahrnehmung zumindest eines Teils der österreichischen Bevölkerung ankommen und sich in Umfragewerten niederschlagen werden. In Zukunft werden die Folgen dieser Weichenstellung noch stärker spürbar sein.*

## Erste deutsche Stadt genehmigt Waffengebrauch gegen friedliche Spaziergänger

In Deutschland treffen sich an zahlreichen Orten zumeist abends freiheitsliebende Bürger, oft mit Laternen und Lichtern, zu unangemeldeten „Spaziergängen“ als friedlicher Ausdruck des Protests gegen die vom Staat verordneten Corona-Maßnahmen, vor allem gegen die drohende (Teil-)Impfpflicht. Da es für die Polizei sehr schwierig ist, ihre Anwesenheit bei diesen Veranstaltungen sicherzustellen, um die „Corona-Auflagen“ zu überwachen, was

*(Fortsetzung auf Seite 6)*

ja nicht zuletzt der Sinn und Zweck der dezentral organisierten Spaziergänge ist, haben viele Behörden „Spaziergangverbot“ erlassen. Doch die meisten Teilnehmer lassen sich davon nicht abschrecken.

Mit der Begründung, dass die „öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist“, hat Ende Jänner auch die 40 000-Einwohner-Stadt Ostfildern in Baden-Württemberg ein Verbot der „gefährlichen“ Spaziergänge erlassen und in einer „Allgemeinverfügung“ gleich die zur Durchsetzung des Versammlungsverbots einzusetzenden Zwangsmittel, darunter auch den Waffengebrauch in Aus-

sicht gestellt. Wörtlich heißt es darin: *Um sicherzustellen, dass das Versammlungsverbot eingehalten wird, wird die Anwendung unmittelbaren Zwangs, also die Einwirkung auf Personen durch einfache körperliche Gewalt, Hilfsmittel der körperlichen Gewalt oder Waffengebrauch angedroht.*

Quellen: *unser-mittleuropa.com*; *Die Weltwoche*, 5/2022

**Wie sich die Lage darstellt, muss angenommen werden, dass der Waffengebrauch Nachahmer findet. Dann ist zu befürchten, dass es nicht mehr bei der in Deutschland beobachtbaren Polizei-**

**gewalt bei Massendemonstrationen oder friedlichen Spaziergängen bleibt und erste Tote durch das Corona-Regime zu beklagen sind.**

**Wer sich hier an den Schießbefehl an der der DDR-Grenze erinnert fühlt, dem sei gesagt, dass man diesmal nicht einmal in der Nähe einer Grenze sein muss, um in Lebensgefahr zu geraten.**

**Wie sind solche Maßnahmen mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vereinbaren – und mit einer Europäischen Union, die vorgibt, diese Werte in allen Mitgliedsstaaten zu schützen?**

## Amnesty wirft Israel Apartheid gegenüber den Palästinensern vor

In einem Anfang Februar vorgestellten 200seitigen Bericht erhebt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International schwere Vorwürfe gegen Israel. Er trägt den Titel *Israels Apartheid gegen die Palästinenser. Ein grausames System der Beherrschung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit* und handelt von einer systematischen Unterdrückung, der alle Palästinenser unterworfen seien, sowohl in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, als auch als arabische Minderheit in Israel selbst oder als palästinensische Flüchtlinge in anderen Staaten. Angeprangert werden unter anderem gezielte Vertreibungen und israelische Landnahmen. Verbunden damit seien drastische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern durch den israelischen Grenzwall oder durch Militärcheckpoints im besetzten Westjordanland. Tausende Palästinenser seien im Laufe des Konflikts Opfer von „rechtswidrigen Tötungen“ durch die israelische Armee geworden und Millionen von palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen werde das Recht auf Rückkehr verwehrt. Der Vorwurf der Apartheid gegen Israel ist



Yasser Arafat und Yitzhak Rabin - 1994

Dieses historische Treffen zwischen den Vertretern zweier extrem verfeindeter Völker war bis 1994 noch undenkbar – und doch waren die beiden über sich hinausgewachsen und machten es wahr. Arafat und Rabin wussten, dass nur über das Miteinander-Reden eine Chance bestand, zu einem für beide Seiten akzeptablen Verhältnis zu kommen. Zu Recht wurden sie deshalb – zusammen mit Shimon Peres – mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Was damals möglich war – wieso sollte das nicht auch für die heutigen Politiker in Israel und Palästina ein gangbarer Weg sein?

<https://publicseminar.org> - screenshot; Government Press Office - Wikimedia Commons

nicht neu. Die Palästinenser erheben ihn schon seit Jahrzehnten. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat im vorigen April bereits einen vergleichbaren Bericht vorgelegt. Auch eine linke israelische Menschenrechtsorganisation sieht das ähnlich. Amnesty bezieht sich bei der Definition von Apartheid nicht auf das frühere Apartheidsregime in Südafrika, sondern auf das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998, das Apartheidsverbrechen allgemein als rassistisch motiviertes System der Unterdrückung in das Völkerstrafrecht aufgenommen hat.

Amnesty leitet daraus weitreichende Forderungen nach Ermittlungen und Sanktionen durch die „internationale Gemeinschaft“ ab. Nachdem seine Veröffentlichung nicht verhindert werden konnte, hat dieser Bericht in Israel und bei jüdischen Organisationen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Es wurde ihm entgegengehalten, er sei einseitig, messe mit zweierlei Maß, ignoriere die palästinensischen Tattaten, spreche Israel das Existenzrecht ab und verbreite Antisemitismus.

Quellen: *sueddeutsche.de*; *amnesty.ch*

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### Die unheilige Allianz der NGOs

Man muss sich ganz allgemein in Acht nehmen, Aussagen der NGOs als bare Münze zu nehmen. Diese Nicht-Regierungsorganisationen leben, meist mehrheitlich aus Steuergeldern finanziert, sehr gut und nehmen hinterrücks, als „Berater“ oder „Experten“ fehletikettiert, hoheitliche Aufgaben wahr. Sie sind aber lt. Definition Interessenvertretungen, von niemandem gewählt.

Ein Beispiel: Der Salzburger „Migrations-

forscher“ Gerald Knaus, in Merkels Auftrag Konstrukteur des EU-Türkeiabkommens, hat eine lange NGO-Karriere hinter sich. Übrigens: Es wird immer so dargestellt, als ob die Türkei die vielen hundert Mio. € bekäme, in Wahrheit ist fast alles

*Diejenigen, die entscheiden,  
sind nicht gewählt, und  
diejenigen, die gewählt werden,  
haben nichts zu entscheiden.*

Horst Seehofer, ehem. dt. Innenminister

zweckgebunden und fließt via Türkei nachweislich an NGOs. Ich empfehle, wikipedia.org/wiki/Nichtregierungsorganisation, insbesondere den Abschnitt 6 zu lesen, damit man versteht, warum ich beim Auftauchen des Begriffs NGO die Ohren spitze!

Auch der Begriff „Experte“ ist sehr missverständlich. Zu oft sind solche „Experten“ Leute, die sich durch ihre Umtriebigkeit, nicht durch ihre fachspezifische Ausbildung hervortun. So sind z.B. im Expertenteam IPCC der UNO, das das 1,5°C-Ziel der Klimaerwärmung „erfand“, kaum Kli-

(Fortsetzung auf Seite 7)



# Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

## Philippinen verbieten Kinderehen

Kinderehen haben auf den Philippinen Tradition. Bisher wurde in diesem Land jedes sechste Mädchen als Minderjährige verheiratet. Es steht bei der Rate der Kinderehen weltweit an zwölfter Stelle.

Das soll nun vorbei sein. Mit einem Anfang Jänner in Kraft getretenen Gesetz drohen jedem, der eine Minderjährige heiratet oder mit ihr zusammenlebt oder Ehen mit Minderjährigen arrangiert, bis zu zwölf Jahre Haft. Der Staat wertet Kinderehe künftig als Missbrauch.

Es gibt an diesem Gesetz allerdings einen Wermutstropfen: Einige Bestimmungen wurden für ein Jahr ausgesetzt, um Muslimen und Indigenen die Anpassung an die neuen Regelungen zu ermöglichen. Außerdem gibt es auf diesem Feld weltweit noch sehr viel zu tun. *Quelle: akref.ead.de*

## Dänemark mietet im Kosovo Gefängniszellen für zur Abschiebung verurteilte ausländische Straftäter an



Die sozialdemokratische Regierung von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen führt ihre konsequente Asyl- und Flüchtlingspolitik zum Schutz der Bevölkerung weiter fort. Da das dänische Gefängnis-

system bereits jetzt überlastet ist und in Zukunft noch mehr Insassen erwartet werden, wurde mit der Regierung des Kosovo eine für zunächst fünf Jahre gültige Vereinbarung ausgearbeitet. Sie sieht vor, dass gegen ein Entgelt von jährlich 15 Mill. Euro, 300 verurteilte ausländische Straftäter ohne Aufenthaltsgenehmigung ab 2023 in dortigen Gefängnissen untergebracht werden. Diese sollen nach sicherzustellenden dänischen Standards geführt werden, sodass man etwaigen Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte optimistisch entgegensehen kann.

Dänemark führt auch seit längerem als aussichtsreich eingestufte Verhandlungen mit Ruanda über den Plan, Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihre Anträge in dieses afrikanische Land zu bringen.

*Quelle: euronews.com*

## Vogelgezwitscher erobert australische Charts



Die Sache ist bisher wohl einmalig – nicht nur in Australien, sondern weltweit. Ein Album ausschließlich mit den Stimmen von mehr als 50 bedrohten Vogelarten Australiens hat es auf Platz 5 der Charts des Lan-

des geschafft. Diese „Songs of Disappearance“ verweisen damit Stars wie „Abba“ und „The Weeknd“ auf die hinteren Plätze. Der Charterfolg ist durch eine Kampagne in den Sozialen Medien gefördert worden. In dem Album steckt mutmaßlich mehr Arbeit als hinter vielen Musik-Hits. Es sind Aufnahmen eines Tontechnikers, der sich auf Wildtiere konzentriert und 30 Jahre damit verbracht hat, die Vogelstimmen zu sammeln.

*Quelle: deutschlandfunknova.de*

**Dass die musikalische Qualität vieler menschlicher Gesangskünstler mit jener mancher Vögel nicht mithalten kann, ist allgemein bekannt. Positiv und tröstlich ist dabei die Tatsache, dass die wertenden Musikliebhaber in Australien ihren Sinn für Gesangsqualität mehrheitlich doch noch nicht verloren haben.**



Den Verantwortlichen im Tiroler Tarrenz ist es gelungen, bei der Namensgebung ihres Kindergartens den örtlichen Dialekt, der den Gemeindevertretern zum Glück erhaltenswert erschien, mit besonders für kleine Kinder vertrauten Bildern aus der Natur in Einklang zu bringen.

Pädagogisch ähnlich geschickte Sprachschöpfungen sollten auch in anderen Gemeinden Nachahmer finden.

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

**Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressänderungen frühzeitig bekannt geben. Teilen Sie uns bitte – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!**

Redaktionsschluss: 12. Februar 2022

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.  
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, 1230 Wien, Schimekgasse 30 und 6010 Innsbruck Postf. 110,  
Telefon: 0676-4065409, [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at), Bankverbindung: IBAN AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098